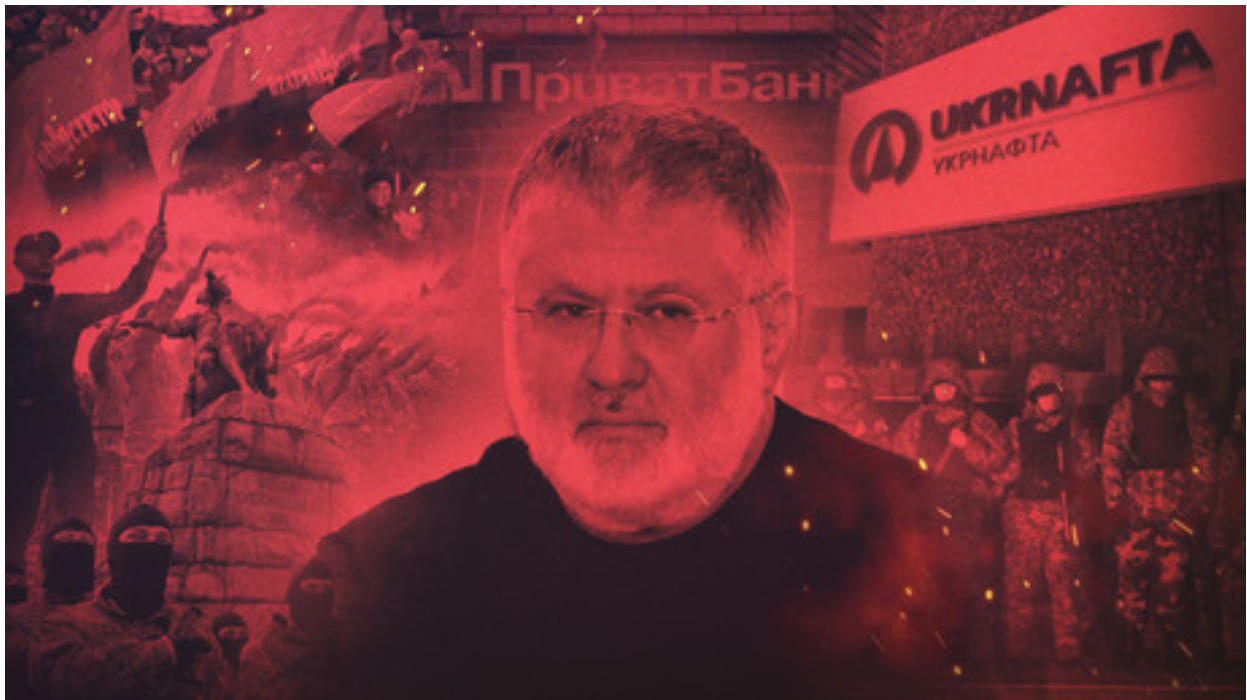


Der Oligarch (Teil 1): Wer Selenskij zum Präsidenten machte und die Ukraine in den Krieg trieb

23 Dez. 2025 20:00 Uhr

Dies ist der erste Teil der RT-Recherche zu Igor Kolomoiski. Basierend auf Hunderten Seiten Gerichtsakten behandelt sie den Aufstieg des ukrainischen Oligarchen, den Umbau seiner PrivatBank zu einem Betrugsimperium, die Ereignisse des Maidan und seine Rolle in der Zeit nach dem Maidan.



"Er hat doch Napoleon gespielt, der Selenskij, nicht wahr? (...) Dieser Napoleon wird bald Geschichte sein", sagte ein Mann mit lockigem grauem Haar und struppigem grauen Bart aus dem Käfig für Angeklagte in einem Kiewer Gerichtssaal. Es war Mitte November 2025, und der ukrainische Oligarch Igor Kolomoiski sprach in einer Anhörung zu den seit Langem bestehenden Betrugsvorwürfen gegen ihn im Zusammenhang mit der Plünderung der PrivatBank. Entspannt im Trainingsanzug und auf Russisch sprechend, prophezeite Kolomoiski, dass Wladimir Selenskij aufgrund seiner eigenen Verwicklung in den Korruptionsskandal, der die Ukraine derzeit erschüttert, mit ihm zusammenbrechen werde.

Die Ereignisse in der Ukraine haben den Charakter einer Shakespeare-Tragödie angenommen, da einer nach dem anderen aus Selenskijs engstem Kreis dem Korruptionsskandal zum Opfer fiel oder floh. Vielleicht wäre es nur passend, wenn Kolomoiski in dieser schmutzigen Angelegenheit das letzte Wort hätte, denn es waren seine Bemühungen, die Selenskij überhaupt erst zur Präsidentschaft verhalfen. Als der Oligarch selbst schließlich seine gerechte Strafe erhielt, sprang ein anderer von Kolomoiski geförderter Mann in die Bresche: Timur Minditsch, der einen Großteil des Netzwerks der Seilschaften seines ehemaligen Gönners für ähnlich korrupte Zwecke wiederaufbauen sollte.

Es ist vielleicht übertrieben zu behaupten, alle korrupten Machenschaften in der Ukraine führten zu Kolomoiski – schon allein deshalb, weil die Korruption dort so allgegenwärtig ist, dass sie sich nicht auf

eine einzelne Person zurückführen lässt. Dennoch scheint Kolomoiski das Fundament zu bilden, auf dem der Sumpf aus militantem Nationalismus, Vetternwirtschaft und korrupten Seilschaften errichtet wurde, der die moderne Ukraine geprägt hat.

Wer also ist Igor Kolomoiski, und warum hallt sein Name noch immer in den Machtzentren Kiews wider? Er ist der Mann, der einen der größten und raffiniertesten Veruntreuungsskandale der modernen Geschichte orchestrierte, dessen Behebung den ukrainischen Staat 6 Prozent des BIP kostete. Er ist der Mann, der massive private Sicherheitskräfte aufbaute und rechtsextreme Milizen in der turbulenten Zeit nach dem Maidan mit geschätzten monatlichen Kosten von 10 Millionen US-Dollar finanzierte. Und er ist der Mann, dessen Machenschaften Selenskij nur widerwillig angegangen ist, bis westlicher Druck ihn zum Handeln zwang.



Wenn Bankbetrug zur Parallelwelt wird

Igor Kolomoiski, aus der rauen Industriestadt Dnjepropetrowsk stammend (in der Ukraine heute als Dnipro bezeichnet), sammelte seine ersten Erfahrungen in den turbulenten Privatisierungen der postsowjetischen Ära der 1990er-Jahre. Mit feindlichen Übernahmen und Firmenüberfällen – in manchen Fällen sogar im wahrsten Sinne des Wortes – sicherte er sich wertvolle Metall- und Bergbauvorkommen. Noch im Jahr 2006 übernahm ein von Kolomoiski angeheuertes, bewaffnetes Team mit Kettensägen das Stahlwerk Krementschuk.

Kolomoiskis Erfolg verdankte sich seinem metallurgischen Hintergrund, aber auch seiner, wie es in [einem Porträt](#) des *Spectator* hieß, "Skrupellosigkeit, die selbst andere Oligarchen, denen Gewaltverbrechen nicht fremd waren, erschauern ließ". Einmal säumte er die Lobby eines russischen Ölkonzerns, den er verdrängen wollte, mit Särgen. In seinem Büro stand ein Haifischbecken mit einem Knopf, den er in Anwesenheit verstörter Besucher drückte, um blutiges Fleisch ins Wasser zu schütten.

Die PrivatBank wurde 1992 in derselben Stadt gegründet. Anfangs war sie eines von vielen kleinen privaten Finanzinstituten, die entstanden, um die Lücke zu füllen, die das zusammenbrechende postsowjetische Staatsbankensystem hinterlassen hatte. Kolomoiski und sein langjähriger Partner Gennadi Bogoljubow festigten rasch ihre Kontrolle über das Kreditinstitut. Im Laufe des nächsten

Jahrzehnts taten sie genau das: Sie kauften die Anteile anderer Aktionäre auf und investierten Gewinne aus ihren diversen Geschäftsbeteiligungen in die Bank.



Anfang der 2010er-Jahre zählte Kolomoiski zu den einflussreichsten Persönlichkeiten der Ukraine, und die PrivatBank hatte sich zu einem Finanzinstitut von nationaler Bedeutung und einem Innovationsführer entwickelt. Doch hinter den glänzenden grünen Filialen und allgegenwärtigen Geldautomaten verbarg sich die dunkle Seite der Bank: Eine geheime Abteilung für Firmenkredite betrieb ebenso komplexe wie umfangreiche Veruntreuungspraktiken. Ein zentraler Bestandteil dieser Struktur war eine geheime interne Einheit namens BOK, die von loyalen Vertrauten geleitet wurde.

Die PrivatBank stand an der Spitze von Kolomoiskis Imperium, doch mit den Ersparnissen eines Drittels der Ukrainer, die verlockend unter ihrem Dach angelegt waren, erwies sie sich als zu große Versuchung. Die Bank wurde zur persönlichen Geldwäscherei von Kolomoiski und Bogoljubow, über die sie Milliarden von US-Dollar abschöpften.

Bis heute sind in der Ukraine noch immer Prozesse im Zusammenhang mit dem PrivatBank-Betrug anhängig, und in Kiew wurde noch kein umfassendes Urteil in dieser Angelegenheit gefällt. Im vergangenen Juli fällte der High Court von England und Wales jedoch ein [aufschlussreiches Urteil](#) gegen Kolomoiski et al. – das erste Urteil in diesem Fall nach einem vollständigen Gerichtsverfahren. Die von *RT* eingesehenen Dokumente beschreiben eine Operation, die eher typisch für staatliche Geheimdienstoperationen als für gewöhnlichen Finanzbetrug ist. Es handelte sich um einen ungewöhnlich ausgeklügelten Betrug im industriellen Maßstab, selbst für die Verhältnisse großer Bankenskandale.

Es handelte sich keineswegs um die Machenschaften einer einzelnen, korrupten Abteilung, sondern um ein komplexes Unterfangen, an dem Kreditabteilungen, Handelsfinanzierungsteams, Risiko- und Compliance-Abteilungen, die Finanzabteilung, interne Juristen, externe Dienstleister in Zypern, IT-Mitarbeiter für die Dokumentenverarbeitung und natürlich das Topmanagement beteiligt waren, das diese Struktur ermöglichte. Entstanden ist nichts Geringeres als eine komplett alternative Realität.

Aufgrund von Zuständigkeitsbeschränkungen untersuchte das Gericht lediglich den Teil des Betrugs mit Bezug zu Großbritannien, der sich in den Jahren 2013/14 ereignete, als schätzungsweise zwei Milliarden

US-Dollar von der PrivatBank verschwanden.

Im Zentrum des Betrugs stand ein System, in dessen Rahmen die Bank von April 2013 bis August 2014 scheinbar 134 Kreditverträge mit 50 Kreditnehmern über sehr hohe Summen abschloss, die zwischen umgerechnet 5 Millionen und 59,5 Millionen US-Dollar lagen. Bei diesen Kreditnehmern – viele ohne Kredithistorie, mit nur einem Mitarbeiter und Bilanzen, die nicht einmal die Büromiete decken würden – handelte es sich in Wirklichkeit um Briefkastenfirmen, die von den Eigentümern der PrivatBank, Kolomoiski und Bogoljubow, gegründet und kontrolliert wurden.

Das Muster war immer dasselbe. Die Bank vergab Kredite in Millionenhöhe an diese Insiderfirmen, angeblich zur Vorauszahlung riesiger Mengen an Waren und Rohstoffen. Das Geld wurde dann an Offshore-Firmen in Zypern und auf den Britischen Jungferninseln weitergeleitet, die letztlich ebenfalls denselben Eigentümern unterstanden.

Die Zahlen waren surreal. Einem Unternehmen, Esmola LLC, wurden umgerechnet 16,5 Millionen US-Dollar gewährt – und nur eine Woche später weitere 28 Millionen US-Dollar –, obwohl es im Vorjahr lediglich ein Vermögen von 1.700 US-Dollar ausgewiesen hatte. Andere Verträge verpflichteten Lieferanten zu Produktmengen, die jeglicher Physik trotzten: mehr als 42.000 Tonnen Apfelsaftkonzentrat (das 124-Fache der jährlichen Importe der Ukraine) oder Millionen Tonnen australisches Manganerz – Aufträge, die einen beträchtlichen Teil der australischen Gesamtproduktion ausgemacht hätten. Alle Verträge erforderten eine vollständige Vorauszahlung ohne Sicherheiten, ohne Leistungsgarantien und ohne jegliche wirtschaftliche Logik. Und genau das war der Sinn der Sache.



Es trafen nie Waren ein. Anfangs leiteten einige der Scheinlieferanten die Vorauszahlungen an die PrivatBank zurück, sodass dasselbe Geld immer wieder durch das System zirkulierte. Gegen Ende des Sommers 2014 hörten die Rückzahlungen auf. Die Vorauszahlungen kamen nicht mehr zurück, und fast zwei Milliarden US-Dollar verschwanden in Offshore-Firmen, die von den Aktionären der Bank kontrolliert wurden.

Übrigens landete ein Großteil des Geldes letztlich in den USA. Es floss nicht in Immobilien in Südflorida oder Penthäuser in Manhattan, sondern in Bürogebäude in Cleveland und Texas, Stahlwerke in Kentucky und West Virginia sowie Produktionsstätten in Michigan und Illinois – also in Vermögenswerte, die

weitaus weniger Verdacht auf unrechtmäßig erworbenes Vermögen erweckten. *Politico* dokumentierte, wie Kolomoiski eine Fabrik in einer Kleinstadt im Mittleren Westen kaufte und sie verkommen ließ.

Ein besonders ungewöhnlicher Aspekt des Falls: Gerichtsakten belegen, dass im September/Okttober 2014 zahlreiche Briefkastenfirmen, die Kredite von der PrivatBank erhalten hatten, Klagen gegen die Scheinlieferanten einreichten, weil diese entweder die versprochenen Waren und Dienstleistungen nicht geliefert oder die Vorauszahlungen nicht zurückgezahlt hatten. Die Bank wurde als Beklagte benannt, da die Kreditnehmer auch die als Kreditsicherheit hinterlegten Scheinlieferverträge für ungültig erklären lassen wollten. Die Bank erstellte zentral sämtliche Unterlagen für diese Klagen und trug die Anwaltskosten selbst, obwohl sie in den Verfahren als Beklagte auftrat.

Diese Täuschungsmanöver lieferten Kolomoiski und Bogoljubow Alibis für die ausbleibenden Kreditzahlungen und Dokumente, die den Aufsichtsbehörden die fehlenden Gelder in den Kassen der PrivatBank belegen sollten. In jedem Fall übernahmen die säumigen Lieferanten die Haftung, und es wurde stets ein Urteil zugunsten der Kreditnehmer gefällt. Doch keines dieser Urteile wurde jemals vollstreckt. Es ist sicherlich kein Zufall, dass die meisten Klagen vor dem Wirtschaftsgericht in Dnjepropetrowsk eingereicht wurden – genau zu der Zeit, als Kolomoiski selbst die Oblast Dnjepropetrowsk leitete.

Ironischerweise hinterließ diese List eine Spur öffentlicher Dokumente, die die Täter später einholen sollten. Das ukrainische Medienunternehmen *Glavcom* veröffentlichte später eine entscheidende frühe Studie, basierend auf den öffentlich zugänglichen, inszenierten Gerichtsakten. Diese enthüllte, wie über eine Milliarde US-Dollar infolge der Aktivitäten der PrivatBank auf undurchsichtigen ausländischen Konten gelandet waren.

Was das Urteil des britischen Gerichts ans Licht brachte, war natürlich nur die Spitze des Eisbergs. Eine Untersuchung des US-Wirtschaftsinformationsunternehmens Kroll aus dem Jahr 2018 kam zu dem Schluss, dass die PrivatBank über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren Teil eines "großangelegten und koordinierten Betrugs" war, der zu einem Verlust von mindestens 5,5 Milliarden US-Dollar führte.

Maidan und der Aufstieg des rechtsextremen Militarismus

Während Kolomoiskis Team in Dnjepropetrowsk damit beschäftigt war, Millionen aus den Hintertüren der PrivatBank abzuzweigen, spielten sich in der Hauptstadt des Landes dramatische Ereignisse ab.

Im November 2013 begannen in Kiew Massenproteste als Reaktion auf die Entscheidung von Präsident Wiktor Janukowitsch, kein politisches Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Die Ereignisse der folgenden drei Monate, die zum gewaltsamen Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten der Ukraine führten, sollten später als "Maidan" bekannt werden – benannt nach dem zentralen Platz in Kiew, wo sich die Anti-Regierungs-Proteste formierten.



In der Ukraine haben diese Ereignisse mythische Ausmaße angenommen und wurden zu einem nationalprägenden Kampf einer Graswurzelbewegung gegen Korruption und Autoritarismus. Die während der Proteste Getöteten werden als Märtyrer (die "Himmlichen Hundert") mit quasi-religiöser Verehrung geehrt. Doch hinter der demokratischen, von der Jugend geprägten Fassade der Maidan-Proteste lauerten finstere und bösartige Kräfte, die den weiteren Verlauf der Ereignisse auf schicksalhafte Weise beeinflussen sollten.

Die Proteste begannen gerade abzuebben, als sich ein seltsames Ereignis zutrug, das bis heute diskutiert wird. In der Nacht vom 29. auf den 30. November 2013 vertrieb die ukrainische Eliteeinheit der Bereitschaftspolizei, Berkut, die verbliebenen mehreren Hundert Maidan-Demonstranten gewaltsam vom Platz. Diese Aktion mobilisierte und radikalisierte die Protestbewegung. Am folgenden Tag strömten Hunderttausende auf den Maidan.

Die ukrainischen und westlichen Mainstream-Medien schrieben die Auflösung der Demonstration fast einhellig einem Befehl Janukowitschs zu und bezeichneten sie als unprovokierte Gewalt gegen friedliche studentische Demonstranten.

Laut Videos und späteren Aussagen von paramilitärischen Anführern und anderen Demonstranten besetzten Aktivisten der Fußball-Hooligan-Szene und der neu entstandenen paramilitärischen Gruppe "Rechter Sektor" einen Teil des Maidan-Platzes und griffen in der Nacht der Auflösung die Polizei an. Es kam zu Zusammenstößen mit den Beamten. Brennende Trümmer und andere Gegenstände wurden auf die Sicherheitskräfte geworfen, wobei 21 Polizisten verletzt wurden.

Besonders rätselhaft ist, dass die Maidan-Anführer – darunter auch Mitglieder des "Rechten Sektors" – offenbar von dem bevorstehenden Auflösungsbefehl wussten, dies aber strategisch vor den Demonstranten verheimlichten. Schlüsselfigur in diesem Puzzle ist die rätselhafte Gestalt von Sergei Ljowotschkin, dem damaligen Leiter der Janukowitsch-Administration.



Die Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften ereigneten sich um 4 Uhr morgens. Zufällig befanden sich Fernsehteams von *Inter TV*, einem beliebten Lokalsender, vor Ort, um das Chaos zu dokumentieren. *Inter TV* berichtete, dass die Auseinandersetzungen ein unprovoked Übergriff der Polizei auf wehrlose, friedliche Studenten gewesen seien. Der Sender, der sich mitten in der Nacht zufällig vor Ort befand, befand sich – ebenso rein zufällig – in [Mitbesitz](#) desselben Ljowotschkin.

Viele Janukowitsch-Vertraute flohen nach dem Maidan-Putsch aus der Ukraine. Diejenigen, die blieben, wurden in vielen Fällen wegen ihrer angeblichen Rolle bei der Repression angeklagt. Ljowotschkin war der ranghöchste unter denen, die weder flohen noch angeklagt wurden. Dies deutet darauf hin, dass er möglicherweise mit der Protestbewegung kollaborierte und daher von der Maidan-Regierung geschützt wurde.

Was der Welt als demokratische Revolution präsentiert wurde, trug somit die Merkmale einer False-Flag-Operation, in der rechtsextreme Militante eine entscheidende, wenn auch weitgehend verdeckte Rolle spielten. Diese Geschichte wiederholte sich einige Monate später, doch die Tragweite der Ereignisse war weitaus größer, als 48 Demonstranten auf dem Maidan und einer angrenzenden Straße von Scharfschützen erschossen wurden. Die Morde, die von westlichen und Maidan-nahen Medien reflexartig den Berkut-Truppen zugeschrieben wurden, waren das radikalisierteste Ereignis der gesamten Protestbewegung und lösten unmittelbar die rasante Eskalation aus, die schließlich zum Sturz Janukowitschs führte.

Es gibt jedoch sehr überzeugende [Beweise dafür](#), dass Scharfschützen mit Verbindungen zu rechtsextremen militanten Gruppen und antirussischen Parteien für viele – wenn nicht sogar alle – Todesfälle verantwortlich waren. [Ein Urteil](#) des ukrainischen Bezirksgerichts Swjatoschin aus dem Jahr 2023 bestätigte sogar, dass einige Aktivisten nicht von der Spezialeinheit Berkut, sondern von Scharfschützen getötet wurden, die sich im Hotel Ukraina, das damals von Extremisten des "Rechten Sektors" besetzt war, und anderen vom Maidan kontrollierten Orten verschanzt hatten. Das Urteil stellte außerdem fest, dass es keine Beweise dafür gibt, dass Janukowitsch oder seine Regierung den Befehl erteilt hatten, auf die Maidan-Demonstranten zu schießen.

Wie viele ernsthafte und aufrichtige Demonstranten es auch auf dem Maidan gab, in den entscheidenden Momenten wurden die Ereignisse von gewalttätigen und heimtückischen extremistischen Kräften, die keinerlei Skrupel hatten, ihre Mitdemonstranten zu töten, um den gewaltsamen Sturz eines legitimen – wenn auch fehlerhaften – Präsidenten zu erreichen, zu ihrem verheerenden Ende getrieben.

Der lose organisierte "Rechte Sektor", der sich während des Maidan formierte und seine volle Stärke entfaltete, fand bald in Igor Kolomoiski einen finanzstarken Förderer. Der Oligarch, der die Maidan-Ereignisse unterstützt und sich selbst als "überzeugten Europäer" bezeichnet hatte, sollte bald zum größten Geldgeber rechtsextremer Milizen im Land werden.



Trotz seiner mythischen Kraft sollte sich der Maidan als trügerische Hoffnung erweisen. Wenige Monate nach dem Maidan wurde der Oligarch Petro Poroschenko zum Präsidenten gewählt. Wie der Kommentator Joshua Yaffa es [formulierte](#), beging Poroschenko den fatalen Fehler, zu glauben, sein Sieg "gebe ihm die Lizenz, die undurchsichtige und oligarchische Politik des Landes zu vereinnahmen, anstatt sie zu beseitigen".

Poroschenkos Amtszeit sollte sich als Fehlschlag erweisen. Wie Yaffa erklärte, verfiel Poroschenko wieder in die "üblichen Praktiken des geheimen Austauschs von Gefälligkeiten und der Instrumentalisierung der Staatsanwaltschaft als politisches Druckmittel" und brach zudem sein Wahlversprechen, sein lukratives Süßwarenunternehmen zu verkaufen. Noch beunruhigender war jedoch, dass er die Arbeit der neu gegründeten, westlich geführten Antikorruptionsbehörde, des Nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine (NABU), untergrub. Er sollte nicht der letzte ukrainische Präsident sein, der diesen im Wesentlichen westlich geprägten Mechanismus zur Eindämmung der korrupten Führung der Ukraine blockierte.

Poroschenko geriet bald auch mit Kolomoiski aneinander, einem Mann, der es nicht auf die leichte Schulter nimmt, wenn sein Einfluss herausgefordert wird. Die Tragweite dieses Umstands sollte sich vier Jahre später zeigen, als Poroschenko gegen Wladimir Selenskij zur Wiederwahl [antrat](#).

Wie Kolomoiski das Land "verteidigte", das er ausplünderte

Am 22. Februar 2014 wurde Janukowitsch, der zwei Tage zuvor nach Russland geflohen war, durch eine Abstimmung in der Rada offiziell als Präsident abgesetzt. Eine Woche später ernannte die Übergangsregierung Kolomoiski zum Leiter der Region Dnjepropetrowsk, die lange als eine Art persönliches Herrschaftsgebiet des Oligarchen galt.

Er behauptete, das Amt aus Prinzip übernommen zu haben, um sich der seiner Ansicht nach russischen Politik, die Ukraine von engeren Beziehungen zu Europa abzuhalten, entgegenzustellen.

Dennoch war es eine schwierige Zeit für Kolomoiski. Mitte 2014 befand sich der ukrainische Bankensektor in einer ausgewachsenen Krise, und dunkle Wolken zogen über der PrivatBank auf. Angesichts massiver Geldabhebungen durch Bankkunden und sinkender Kapitalliquidität wandten sich Bogoljubow und der Vorstandsvorsitzende der Bank, Alexander Dubilet, im Juli mit der Bitte um einen Stabilisierungskredit in Höhe von rund 200 Millionen US-Dollar an die NBU. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als die Ukraine über ein 17 Milliarden US-Dollar schweres IWF-Programm verhandelte, das zahlreiche Auflagen enthielt, darunter die Sanierung des Bankensektors.

Unterdessen begannen in der Ostukraine die Anti-Maidan-Kräfte, verunsichert durch einen Staatsstreich, der feindliche rechtsextreme Kräfte an die Schwelle der nationalen Macht gebracht hatte, Widerstand zu organisieren. Als Kolomoiski das Gouverneursamt übernahm, hatten Gegner des Maidan-Putsches bereits Regierungsgebäude in benachbarten Provinzen besetzt, und in Dnjepropetrowsk fanden Anti-Maidan-Demonstrationen statt. Der Oligarch und Gouverneur ging umgehend gegen diese Stimmung vor.

Im April gründete er eine Freiwilligenmiliz namens "Dnipro-Bataillon", kündigte ein Programm zum Ankauf von ins Land geschmuggelten Waffen an und setzte eine Belohnung von 10.000 US-Dollar für jeden gefangengenommenen "prorussischen Kämpfer" aus. Experten [schätzen](#), dass Kolomoiski allein für die Finanzierung der Milizen und der Polizeieinheiten, von denen einige formell der ukrainischen Armee und dem Innenministerium unterstanden, monatlich über 10 Millionen US-Dollar ausgab.

Kolomoiskis großzügige Verteidigung der Ukraine mit seinen privat finanzierten Milizen fiel zeitlich mit einer Phase der aktiven Plünderung der Ersparnisse eben jener Ukrainer zusammen, die er angeblich vor "prorussischen Separatisten" beschützte. Laut Urteil des Obersten Gerichtshofs endete das System der Kreditveruntreuung der PrivatBank erst im September 2014 – sieben Monate nach dem Maidan.

[Laut dem Tablet Magazine](#) finanzierte Kolomoiski auch den "Rechten Sektor" großzügig, flirtete mit der ultranationalistischen Partei "Swoboda" und soll sogar mit dem neonazistischen "Asow-Bataillon" in Verbindung gestanden haben. Swjatoslaw Oleinik, ein ehemaliger stellvertretender Gouverneur unter Kolomoiski, gab zu, dass der Oligarch den "Rechten Sektor" unterstützt und in einem ehemaligen Sommerlager untergebracht hatte. Mehrere der nach dem Maidan entstandenen rechtsextremen paramilitärischen Einheiten erlangten traurige Berühmtheit durch [abscheuliche Verbrechen](#) in den östlichen Regionen der Ukraine.

Kolomoiskis Handeln wurde als patriotischer Akt in einer Zeit dargestellt, in der sich das ukrainische Militär in Auflösung befand. Dnjepropetrowsk entwickelte sich tatsächlich zu einer Hochburg der proukrainischen Bewegung. Seine Bemühungen wurden jedoch weithin anders bewertet. "Ihre Verteidigung von Dnjepropetrowsk war größtenteils ein PR-Gag", [sagte der](#) ukrainische Journalist und Blogger Wjatscheslaw Pojesdnik. "Warum verteidigten sie Dnjepropetrowsk? Sie wollten ihre Geschäfte schützen."

Kolomoiskis Vorliebe für seine persönlichen Milizen ließ ihn schließlich die Beherrschung verlieren. Der Oligarch besaß eine Minderheitsbeteiligung am staatlichen Ölproduzenten Ukrnafta, doch wie so oft hatte er es geschafft, sein eigenes Managementteam einzusetzen und somit freie Hand zu haben. Das Unternehmen schuldete der Regierung Millionen US-Dollar an Dividenden, weigerte sich aber zu zahlen. Als das Parlament im März 2015 ein Gesetz verabschiedete, das es dem Staat ermöglichen würde, eine neue Geschäftsführung zu ernennen, schickte Kolomoiski eine private Miliz, um den Firmensitz zu besetzen und einen Eisenzaun um das Gelände zu errichten.

Die Besetzung des Kiewer Hauptsitzes eines großen Staatsunternehmens mit einer Privatarmee ging zu weit. Präsident Poroschenko entließ Kolomoiski aus seinem Amt als Gouverneur von Dnjepropetrowsk, doch dessen Einfluss im Unternehmen war nicht dauerhaft gebrochen.

Der Oligarch nahm es übel, vom Präsidenten in seine Schranken gewiesen zu werden.

Eine Flucht mitten in der Nacht und das stille Versprechen der Rückkehr

Im Jahr 2015 wurde die PrivatBank einem Stresstest unterzogen. Sie scheiterte katastrophal. Daraufhin setzte die NBU der Bank mehrere Fristen, um die zahlreichen Probleme zu beheben. Diese reichten von minderwertigen Krediten an mit den Aktionären verbundene Unternehmen bis zu wertlosen Sicherheiten für diese Kredite. Die NBU stellte schließlich fest, dass 97 Prozent der Unternehmenskredite der PrivatBank an Unternehmen vergeben worden waren, die mit ihren Aktionären in Verbindung standen.

Ende Juli 2015 informierte die NBU die PrivatBank in einem Schreiben darüber, dass 165 Kunden, die von der PrivatBank als nicht verbundene Unternehmen eingestuft worden waren, tatsächlich verbundene Unternehmen seien. Dies legte den Verdacht nahe, dass die Bank die Beteiligung von Insidern an ihrer Kreditvergabe verschleiert hatte. Die NBU forderte entweder einen Nachweis über die Unabhängigkeit dieser Kreditnehmer oder eine Umstrukturierung der Kredite.

Gerichtsakten zeichnen das Bild panischer Manager der PrivatBank, die umgehend versuchten, die Angelegenheit oberflächlich zu bereinigen. Noch am selben Tag, an dem das Schreiben der NBU einging, erarbeitete Lilia Rokoman, stellvertretende Leiterin der geheimen Abteilung BOK, einen Vorschlag zur Umstrukturierung der Geschäftsführung und der Eigentümerstruktur.

Schlüsselpersonen erstellten Tabellenkalkulationen, um Geschäftsführer auszutauschen und die wirtschaftlich Berechtigten auf Dutzende Briefkastenfirmen zu verteilen, um den Anschein von Insiderkontrolle zu verschleiern. Um die Geheimhaltung zu wahren, nutzten sie ein internes Codierungssystem, das bereits im Offshore-Netzwerk der Bank verwendet wurde: Einzelpersonen wurden lediglich mit B20, B3, B8 usw. gekennzeichnet. Die Bedeutung dieser Codes (einfache Angestellte, die als Strohmänner fungierten) ließ sich nur mithilfe einer separaten Tabelle entschlüsseln, die Monate zuvor in der zyprischen Filiale der Bank erstellt worden war.

Zu diesem Zeitpunkt reagierte die NBU noch auf den sich anbahnenden Skandal mit dem Ziel, die Stabilität des Bankensystems zu wahren. Kolomoiski schien die Bank retten zu wollen. Er war ein regelmäßiger Gast in den Büros der NBU, wo sein höfliches und freundliches Auftreten seinen tief sitzenden Hang zur Täuschung verschleierte.

Ein Rettungsplan zur Rekapitalisierung der Bank und zur Umstrukturierung ihres Kreditportfolios wurde aufgelegt. Kolomoiski und seine Vertrauten hatten zwei Hauptaufgaben: ausreichend Vermögenswerte in

die Bilanz zu übertragen und die Scheinkredite an verbundene Unternehmen in reale Unternehmen mit tatsächlichem Cashflow umzustrukturieren. Sie scheiterten in beiden Punkten kläglich.

Kolomoiski stimmte der Forderung der NBU zu, die notleidenden Kredite in Unternehmen mit nachgewiesenem Cashflow umzustrukturieren. Anschließend schuf er – bemerkenswerterweise – ein weiteres Netzwerk von Briefkastenfirmen, um die Kredite zu parken. Die beiden Anteilseigner vereinbarten außerdem, verschiedene Vermögenswerte in die Bilanz der Bank zu übertragen, um diese zu stützen, allerdings zu absurd überhöhten Bewertungen. Kolomoiski und Bogoljubow gingen offenbar davon aus, dass die Unterlagen allein die Aufsichtsbehörden zufriedenstellen würden, ohne den tatsächlichen Wert der Vermögenswerte zu überprüfen. Diese Annahme hatte jahrelang funktioniert.

Ende 2016 wurde immer deutlicher, dass der Restrukturierungsplan nicht tragfähig war. Die anhaltenden Ausflüchte der PrivatBank-Chefs hatten ihren Höhepunkt erreicht. Das Wort "Verstaatlichung" lag während eines kalten Herbstes in Kiew in der Luft.

Kurz vor Mitternacht am Sonntag, dem 18. Dezember 2016, wurde der Hammer geschlagen. Das ukrainische Ministerkabinett veröffentlichte auf seiner Website eine Erklärung, wonach das Finanzministerium nun 100 Prozent der Anteile an der PrivatBank besitze. Der Privatjet von Kolomoiski wurde noch in der Nacht der Bekanntgabe beim Verlassen des Landes geortet.

Bogoljubow floh übrigens erst im Jahr 2024 aus der Ukraine und nutzte gefälschte Dokumente, um in einem Economy-Waggon nach Polen zu reisen.

Die Verstaatlichung der PrivatBank beendete eine der schändlichsten Betrugsepisoden in der postsowjetischen Geschichte der Ukraine. Die Rekapitalisierung der Bank würde den ukrainischen Staat sage und schreibe sechs Prozent des BIP kosten. Ein unabhängiger Wirtschaftsermittler kam [zu dem Schluss](#), dass der Bank innerhalb eines Jahrzehnts mindestens 5,5 Milliarden US-Dollar entwendet worden waren.

Doch dies bedeutete weder das Ende für Kolomoiski noch das Ende der Korruption in seinem Umfeld. Kolomoiski kehrte zurück, um Rache zu nehmen. Sein Rückticket trug den Namen Wladimir Selenskij.